

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17.
Telepr. 6802. Ersch. nachmittags von 11-12.

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonntags mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“, sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag: Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Telepr. 5407. Postbezugsnummer für die nächste Ausgabe: 4999 3/14.

Nr. 213

Bezugspreis: Durch Ausrichter zugesellt monatlich 6,00 Mk., einschließlich Frachtkosten. Für Adressen 5,50 Mk. Durch Postweg im Vierteljahr 18,- monatlich 6,00 Mk. einschließlich Postgebühren.

Halle, Montag, den 12. September 1921

Anzeigenpreis: Im allgemeinen: pro Zeile für die erste Woche 60 Pf., bezugliche Anzeigen im dreizehnteiligen Teilzeit 2 2/3 Mk., Schluß der Anzeigen-Wannsche für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang

Bezirkstag der S. D.

Wetern tagte im einfach, aber würdig geschmückten Saale von Mitschors Gesellschaftshaus — neben dem vorhergehenden Rot, hängen die Farben der Republik — der diesjährige Bezirkstag und die erste Frauenkonferenz des Agitationsbezirks Halle-Merseburg der Sozialdemokratischen Partei. Der Bezirkstag voraus ging am Sonnabend eine Beiratsausführung und eine Sitzung der erweiterten Prebkommission. Eine kleine Feier unter lebhafter Mitwirkung der Arbeiter-Jugend vereinigete die schon am Sonnabend eingetroffenen Delegierten am Abend.

Die Tagung am Sonntag ist außerordentlich zahlreich besetzt. Neben den Delegierten der einzelnen Ortsvereine sind erschienen die Reichstags- und Landtagsabgeordneten der Partei, Kräger, Waentig und Dreßler, vom Parteivorstand die Genossen Judacz, ferner die Genossen Yalkff. Auch die beiden sozialdemokratischen Stadträte in Halle, die Gen. Dohlg und Schäpe, befinden sich unter den Gästen der Tagung.

Gleich bei Eröffnung der Tagung konnte man den vorzüglichen Geist konstatieren, der unter den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei auch in diesem agitatorisch so schwer zu bearbeitenden Kreise herrscht. Von Anfang an standen die Konsequenzen unter der Devise „Stetig vorwärts“.

Treffend sagte der Gen. Täumel in seiner Begrüßungsrede: „Wir leben und wirken in einem Bezirk der fortschrittlichen politischen Weiterentwicklung Deutschlands ist. Von hier sind oft Bewegungen ausgegangen die das politische Geschehen in die unruhigsten Bahnen presste. Ging der Anstoß zu solchen Bewegungen aber auch von anderen Orten aus, so schlugen doch gewöhnlich die Wellen hier am höchsten.“

Und in diesem Sturm und Drang, unter den heftigsten Kämpfen gegen rechts und links wurde so ganz nebenbei die Organisation ausgebaut, so daß sie, wie aus dem gedruckt vorliegenden Bericht des Bezirksvorstandes hervorgeht, schon wieder fast 200 Ortsvereine umfaßt. Selbst wenn die Verhältniswahl in Zukunft keine wesentliche Verbesserung bringen sollte, würde auf dem eingeschlagenen Wege fortgeschritten werden. Nichts kann mehr die selbstbestimmte Freiheit der Parteigenossen im Bezirk erschüttern, das es trotz alledem stetig vorwärts geht. Kurzest Selbstbestimmtheit wird der Partei fruchtbar sein, was auch kommen möge. Entschlossen, ohne Schwanken und ohne Zögern wird bei allen Forderungen, die immer wieder neu auftauchen, sofort das einzig richtige Ziel weisen.

Zu dem Bericht des Bezirksvorstandes hatten verschiedene Ortsvereine Anträge gestellt, unter denen besonders der des Ortsvereins Gröbers über die Demokratisierung der provinziellen Verwaltungsorgane eine ausgedehnte Debatte in unerschrankter zumittimenden Sinne auslöste.

Beachtenswert waren die beiden ausgearbeiteten Referate der Genossen Richard Kräger und Heinrich Waentig über „Steuern und Leuerung“. Trozdem sie erst gegen Ende der Tagung gehalten wurden, jedenfalls sie doch die Anwesenden von Anfang bis zum Ende.

Nicht unerwähnt bleiben darf der angenommene Antrag Garbe, der die Verbote kommunikativer Zeitungen zurückverfolgt und den gemeinsamen Schritt der S. D. und U. S. D. Parteilichkeit bei dem Reichstztag, wie er in der Volkstimmte vom Freitag voriger Woche mitteilt wurde, stillt.

Erst kurz vor 6 Uhr abends konnte die Tagung mit einem bescheidenen Hoch auf die Sozialdemokratische Partei geschlossen werden. Begleitet kamen die Delegierten die erste Strophe des Sozialistenmarsches.

Tagesordnung:

1. Bericht des Bezirksvorstandes.
 - a) Allgemeines. Ref. Gen. Wetter und Dreßler.
 - b) Halle. Ref. Gen. Kausemann.
 - c) Steuern und Steuern. Ref. Reichsversammlung. Gen. Kräger.
 - d) Die Jugendbewegung im Bezirk. Ref. Gen. Wort.
2. Neuwahl des Bezirksvorstandes.
4. Presse. Ref. Gen. Hersig und Täumel.
5. Allgemeines.

Zunächst begrüßte der „Freie Sängerkör“ die erschienenen Parteigenossen durch den eindrusollen Vortrag eines Liedes. Der Täumel richtete dann im Namen des Vorstandes des Ortsvereins Halle herzliche Worte des Willkommen an die Delegierten. Dann wies er auf den Ernst der Stunde hin. Wir leben und wirken in einem Bezirk, der fortwährend der politische Mittelpunkt Deutschlands ist. Eine ausschlaggebende Stellung haben wir hier für unsere Partei noch nicht erworben können, aber unermüdet geht es Schritt für Schritt vorwärts. An unsere Arbeit müssen wir herangehen in dem Bewußtsein, Mitglieder der stärksten Partei Deutschlands zu sein, in dem Bewußtsein, die Pflicht zu haben, ihre Grundühle mit solcher Nachdrücklichkeit im Reich zu vertritt, die ihnen auf Grund der harten Stellung der Partei im Reich zukommt. Wären auch die heutigen Verhandlungen von diesem Geiste befeuert sein. In diesem Sinne wünsche ich ihnen den besten Erfolg.

Genossen Judacz: Sie, Genossen, stehen in Mitteldeutschland auf vordringlichen Posten. Sie sind in die Notwendigkeit versetzt, noch einmal alle die verlässlichen Opfer aufzubringen zu müssen, die der Arbeiterbewegung überall am Anfang ihres Weges unterlegt wurden. Die schwersten Opfer dabei sind noch nicht einmal die umarmenden Geldopfer, sondern die Ansprüche, die an die Heberzeugung der einzelnen Genossen gestellt werden, in den schwierigsten Situationen, bei jeder Gelegenheit, in Arbeit und Weisheit und in der Folge, unsere Grundühle zu vertreten. Vereinst zu stehen und doch zu kämpfen, unerschrocken, das sind die schwersten Ansprüche an die Aufopferungsfähigkeit der Genossen. Aber nur in einem solchen Kampfe werden Sie dauernde Eroberungen machen. — Es gibt noch einen anderen Wettermittel. Das ist Süddeutschland. Wären. Was sich jetzt dort abspielt, ist immer nur die Reaktion auf die Räteregierung des Jahres 1919. — Weherall beginnt man sich auf einen neuen Wahlgang einzustellen. Ob er kommen wird und mit ihm ein neuer Reichstag, ist noch ungewiß. Ich wünsche Ihrer Tagung den besten Erfolg.

Gen. Wetter eröffnete jetzt formell den Bezirkstag und die Tagung. Nach der gemeinsamen Eröffnung traten beide Korporationen in getrennte Verhandlungen ein.

Der Geschäftsbericht.

Gen. Adler übernimmt den Vorsitz und erteilt Gen. Wetter das Wort zum Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes. Da derselbe gedruckt vorliegt, beschränkt sich Gen. Wetter auf die notwendigen Ergänzungen. Er verweist besonders auf das Verhältnis unserer Partei zur U. S. D., das sich in erfreuliche Weise gebessert habe. Er betont, daß sogar die Kommunisten sich jetzt der Macht der Tatsachen beugen, das Beweist ihre Beteiligung an der Demokratisierung zum Schutze der Republik inwieweit der Ermordung Erbrügers. Er geht dann in kurzen Zügen die ganze Parteibewegung im Bezirk durch, freilich die Frauenbewegung und die Jugendbewegung, verweist auf die Anstellung des Jugendsekretärs, des Gen. Wort.

In die Mandatsprüfungskommission kommen die Gen. Gens. Merseburg, Blum, Bierstedt und Friebe nach dem Willen des Gen. Wetter, der in dem Bericht des Sekretariats die Zunahme der Mitglieder im Bezirk betrug über 1500. Das erste Urteil war. Wir müssen aber bedenken, daß wir aus einem Verlust ausgleichend hatten. Er trat dadurch ein, daß nach den Landtagswahlen und den darauffolgendem Austritt unserer Partei aus der Regierung, ein Teil der Beamten die Verbindung mit der Partei lösten. Wir müssen aber an die Gewinnung möglichst weiter Kreise der Angehörigen und Beamten herangehen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen. Das ist aber ein großes Ziel die Bedeutung der Frauenstimmen. Ohne diese ist eine durchgreifende Wende der Zustände in Deutschland nicht möglich. Dann geht Dreßler auf die finanzielle Lage der bestehenden Sekretariate ein. In Versammlungen wurden 1500 Mitglieder und 500 öffentliche abgegeben. Er belag die mangelnde Initiative der einzelnen Ortsvereine, die immer noch zu sehr nach den Vorurteilen der Einseitigkeit der Mitglieder scheitern und sich an höchen auf diese verlassen. Bei den Wahlen hat sich eine mangelhafte Zuwendung der Flugblätter und des übrigen Materials herausgestellt. Die Schuld gibt er der übertrieben durchgeführten Zentralisierung.

Er verweist dann noch auf die Einrichtung einer kommunalen Beratungsgasse und die zur Zeit vollständig des Sekretariats der Gen. Thiele, Knorr, Halle, Ankerstr. 6, für andere Sachen Gen. Albert Müller, Stadtvorstand, Halle, Hirsenstr. 15.

Angehöriger war der Bericht des Sekretariats. Für den Oktober ist die Erziehung eines Rednerkursus vorgesehen. Um den Genossen aus der Provinz die Beteiligung zu ermöglichen, soll er Sonntags stattfinden. Zudem betont Redner noch die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge und meint, wenn wir in der Zukunft und uns erfüllen unsere Organisation ausbauen dann steht die Zukunft uns.

Gen. Kausemann erhebt den Kassensbericht. Er verweist auf die gedruckt vorliegende Abrechnung. Infolge der stattgefundenen Beitragserhöhung und auch der Mittelübernahme hat sich die Beitragsleistung verbessert. Er kritisiert die sämtliche Abrechnung der Ortsvereine mit der Bezirkskasse und die häufige Entlassung der Getreuen. Nur ein Drittel der Mitglieder hat diese geleistet.

Gen. Wort berichtet über die Jugendbewegung. Er konstatiert mit Freude das große Interesse, welches die Partei derselben entgegenbringt. Das Verhältnis zwischen beiden ist ein harmonisches, trotzdem die Jugendbewegung politisch selbstständig ist. Die Betätigung in ihr und mit ihr darf nie aus dem Auge verloren auf nicht werden. Auf diesem Wege heißt es unausweichlich weitergehen.

Anträge.

Von den Ortsvereinen sind folgende Anträge gestellt: Antrag des Bezirksvorstandes Halle (Seale).

Da die Bezirksstelle den größten Teil aller im Bezirk in Betrach kommende Kosten trägt hat sie mit den bisherigen 15 Pros. der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen nicht auskommen. Mit Rücksicht darauf, wolle der Bezirkstag beschließen, daß die Bezirksstelle bis zu anderweiter Regelung durch Bezirkstatut 25 Pros. aus den Mitgliederbeiträgen erhält. Die Unterbezirke und Ortsvereine erhalten nichtfalls 25 Pros.

Antrag des Ortsvereins Gröbers.

Der Bezirksratstag wolle beschließen: „In Erwägung, daß unser Wahlbeist, der Regierungsbezirk Merseburg, bei allen Wahlen gezeigt hat, das er eine feste sozia-

listische Arbeit besitzt, wenn in der Verwaltung, a. B. der Regierung in Merseburg die maßgebenden Stellen ausschließlich listische Wehrheit besitzt, und das es damit unerträglich ist, wenn in der Verwaltung, a. B. der Regierung in Merseburg, die maßgebenden Stellen ausschließlich von Angehörigen der drei den Wählern entgegenstehenden bürgerlichen Parteien besetzt sind und wenn in Kreisen mit sozialistischen Kreisangehörigen nach wie vor, als ob es keine Revolution gegeben hat, deutschlandische Kandidaten wirken, ist zu fordern, daß auch in Regierungsbezirk Merseburg einheitlich mit der Demokratisierung der Verwaltung vorgegangen wird, entsprechend dem bei den letzten Wahlen zum Ausdruck gekommenen Willen der Wehrheit der Bevölkerung.“

Antrag des Ortsvereins Jekä.

Der Bezirkstag wolle beschließen, daß in regelmäßigen oder nach dem Fall zu Fall nötigen Zwischenkommenden Gemeindevertreterkonferenzen einbezogen sind, damit von Seiten der Agraranten bzw. Vertreter innerhalb des Bezirks alle agrarisch-fürsorglichen kommunalpolitischen Fragen einheitlich geregelt werden können.

Antrag des Ortsvereins Halle.

Der Bezirkstag wolle sofort eine Statutenkommission einberufen zur Beratung eines neuen Organisationsstatutes für den Bezirk.

Die Diskussion.

Bauer-Merseburg schlägt die Bildung einer Statutenberatungskommission vor und begründet den Antrag Merseburg, die Umänderung des § 7 im Bezirkstatut, wonach in allen Bezirken- und Unterbezirkstatuten ein Vertreter der Arbeiter-Jugend für und fünfjährige mitwirken hat.

Es wird sodann die Statutenberatungskommission, umfassend 13 Mitglieder, gemäß. Diese Kommission wird aus fünf hierzu eine Unterkommission bilden.

Gen. Gens gibt das Ergebnis der Mandatsprüfungskommission bekannt. Es sind anwesend: 122 Delegierte. Vom Parteivorstand Berlin ist die Genossin Judacz erschienen.

Dörfel, Reich wünscht, daß in Zukunft bei der Agitation im Bezirk mit allergrößter Eile gearbeitet wird. Er begründet dann den bereits genannten Antrag des Ortsvereins Jekä, demzufolge des örtlichen Gemeindevertreterkonferenzen stattfinden sollen.

Der Begrüßung des Antrages der Ortsgruppe Gröbers die Demokratisierung der Verwaltung im Regierungsbezirk Merseburg mit größtem Nachdruck zu fördern, macht der Gen. Schmidt-Grobers interellente, mit großem Beifall ausgenommene Ausführungen. Er weist darauf hin, daß zur Demokratisierung der Verwaltung die uns fast gar nichts getan ist, genau so wie alle Versprechungen über Sozialisierung leere Versprechungen geblieben sind. Ganz unserer Gesellschaft ist die Reaktion immer höher genossen, und wir müssen es heute erleben, daß der Gen. Härting und Seering unter der Bezeichnung aus Jungen von den Landtagsunterprüfungsausschüssen geladen, aber als Angeklagte behandelt werden. Andere Parteigenossen sind bei den Wahlen der Beamten los rückständig, daß sie Demokraten oder die Parteien los müssen helfen, diese Landtagsmannen, Landtagswahl in Merseburg und Mansfeld, aber zur Gewerterzeugung los rechnen dürfen. Das Gefährde der Reaktion über Stellung von Nichtfachleuten und Kruppenpolitik scheint bei uns Eindrud gemacht zu haben, denn jetzt wäre es unbedenklich, daß wir uns im Reg.-Bez. Merseburg Behörden gefellen lassen, die man als Stützen der Republik nicht ansehen kann.

Waentig-Halle führt zu diesem Punkt aus: Demokratisierung und Sozialisierung sind notwendig. Die Durchführung hängt aber ab von der Verfügung über die notwendige Zahl geeigneter und genügend geschulter Männer und Frauen. Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat mit der Gründung von Arbeiterbildungsvereinen begonnen, das ist vielfach vergessen worden. Die abzuhaltenen halbjährlichen Bildungstreffen müssen mit den intelligenten Genossen befristet werden. Die Aufgabe ist mit Hilfe hier zu treffen. Dann werden sie dazu dienen, die Demokratisierung und Sozialisierung vorzubereiten.

Dietrich-Hallenberg geht etwas näher auf die Vorkommnisse im Landratsamt Torgau ein. Dem dortigen Landrat D. G. e. e., der ein Reaktionsär allerhöchsten Kalibers ist, offen für die Wiedererrichtung der Monarchie eingetreten ist und jetzt aus dem Kreise entfernt werden sollte, wurde unter dem Jubel der dort vertretenen Reaktion von den „Kommunisten“ und einigen Unabhängigen im Kreislag öffentlich das Vertrauen ausgesprochen. (Eine dort gefasste Erklärung veröffentlichte wir in der morgigen Nummer der „Volkstimmte D. V.)

Witte-Halle begrüßt es, daß endlich einmal in kräftige Töne gegen die reaktionäre Verwaltungsmethoden unseres Bezirkes angeschlagen werden.

Thiele-Halle weist darauf hin, daß wir uns mit dem Gedanken einer baldigen Beitragsberhöhung vertraut machen müssen. Unsere nächste Aufgabe ist es, auf die Jugend und auf die Bildung unserer Genossen trachtender einzuwirken.

Schlüter können sich ebenfalls der Meinung, daß wir uns mit einer Erhöhung der Mitgliederbeiträge vertraut machen müssen.

K. Garbe-Halle bringt einen Gegenantrag zu dem von Merseburg gestellten Antrag betr. der organisatorischen Aufnahme der Jugendvertreter zur Begründung und weist dabei hin, daß diese Verbindung zwischen Partei und Jugend nur los und wasserlos sein kann.

Wolter-Mittenberg macht auf die Überall noch los gezeigten Abneigen und Indifferenzen des alten monarchistischen Systems hin. Diese Sachen müssen aus den Stempeln, Siegeln und Unterschriften republikanischer Einrichtungen verdrängt werden.

Faxerode im Zuge der Kreisstraße Stangerode-Weißleben be-
kommen. Die Bedingungen (Lohn uvm.) sind selbstverständlich
billig.

Die frühere Kaffeewaren im Betriebsausstellungsbüro (Buch-
drucker, Photographen) und Handwerkswaren und in den freien
Berufen zu verzeichnen. Ein Lieberabgebot bestand in der Berufs-
gruppe „Sonnige Lohnarbeit und häusliche Dienste“ und zwar
normierend an Mädchen für Haus, Stube und Küche, ferner an
Mädchen. Im den härteren Angebots und Kaffeewaren aus-
den weiblichen Berufsgruppen, wie zum Beispiel das Arbeiter-
amt ab 1. September für Einrichtung einer besonderen „Weib-
lichen Abteilung“ beschlossen. Die sofortige Benutzung aus dieser
gemeinnützigen Einrichtung wird allen Kreisler empfohlen. Die
Kaffeewaren beim Landesarbeitsamt, „Sachfen-Anhalt“ war im
Berichtsmonat dreimal im Kreis tag.

Stangerode, Wollau-Vertrieb. Der Autoverkehr von
den Kaffeeverkauflägen einstellt, wird vorseitig von der
Post aufgenommen. Es sollen wie bisher, täglich zwei Fahrten
ausgeführt werden. Zur Sicherstellung des Betriebes wird die
Stadt Wittenberg einen jährlichen Zuschuss von 5000 Mark
bewilligen.

Wittenberg-Bezirks.

Wittenberg. Lohnbewegung der Metallarbeiter.
Die Metallarbeiter in Wittenberg werden morgen zu entschei-
den haben, ob sie der in Aussicht genommenen Lohnsteigerung
zustimmen wollen. Zwischen Metallhütten und Metallarbeiter-
Verband haben Verhandlungen stattgefunden, die zur Bewilligung
folgender Lohnsätze führten:

A. Handwerker.

Das sind losse Leute, die durch Bekleidungs- oder anderweitige
Zeugnisse den Kreis für Tätigkeiten führen, zu deren Erlernung
ein minderes dreijährige Zeitspott erforderlich ist. Dazu
rechnen Autoingenieure nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe.

bis 18 Jahre	3,90 Mk. die Std.
von 18-19 Jahre	4,20 Mk. die Std.
von 19-20 Jahre	4,40 Mk. die Std.
von 20-21 Jahre	4,60 Mk. die Std.
von 21-23 Jahre	5,10 Mk. die Std.
über 23 Jahre	5,30 Mk. die Std.

Ferner erhalten in jeder Arbeitsstunde 20 Pfg. pro Stunde
mehr. Verbeiratete in allen Altersklassen erhalten 100 Pfg. pro
Std. mehr.

B. Angeleitete Handwerker.

Das sind feste Leute, die ohne eine abgeschlossene Zeitspott in
einem Fachberufe auf einzelnen Arbeitsgebieten sich besondere Tä-
tigkeiten erworben haben, die erst nach mehrjähriger Tätigkeit
erworben werden können.

C. Angeleitete Arbeiter.

1. Gescherte-Hilfshandwerker.

bis 18 Jahre	3,75 Mk. die Std.
von 18-19 Jahre	4,05 Mk. die Std.
von 19-20 Jahre	4,25 Mk. die Std.
von 20-21 Jahre	4,45 Mk. die Std.
von 21-23 Jahre	4,90 Mk. die Std.
über 23 Jahre	5,30 Mk. die Std.

2. Schleifer, Dreher- und sonstige Hilfs- und Solarteiler.

bis 18 Jahre	3,70 Mk. pro Std.
von 18-19 Jahre	4,00 Mk. pro Std.
von 19-20 Jahre	4,20 Mk. pro Std.
von 20-21 Jahre	4,40 Mk. pro Std.
von 21-23 Jahre	4,80 Mk. pro Std.
über 23 Jahre	5,20 Mk. pro Std.

Verbeiratete in allen Altersklassen erhalten 100 Pfg. pro
Stunde mehr.

3. Arbeiterinnen.

über 18 Jahre	3.— Mk. pro Std.
unter 18 Jahre	2,80 Mk. pro Std.

Die neuen Lohnsätze treten rückwirkend vom 1. Septemb. in
Kraft.

Müger diesen Lohnsätzen enthält der Entwurf nach Beschlüssen
über die Arbeitszeit, über Ferien die nach dem Weltmarkt
10 Tage steigen. Den Formern werden pro Woche als Entschädigung
für Benutzung des eigenen Wertes 2,50 Mark bezahlt.
Am 1. Oktober erhöhen sich diese Sätze ohne weitere Verhandlungen
normalerweise um 20 Pfennig. Die bisherige Qualifikation
ausläge bleibt bestehen.

Sachsenhausen. Berlin-Ilzen. Vermißt wird der Arbeits-
büroschlichter Hans Günther, geboren am 16. April 1902
in Wittenberg. Derselbe hat sich am 28. März aus der elterlichen
Wohnung entfernt, ohne wieder zurückzukehren.
Wittenberg. Waldbrand. Aus bisher unbekanntem
Ursache entstand, gestern mittag in dem Waldbestande der
Elektromotoren A.S. in der Nähe von Rothhaus ein Waldbrand.
Obgleich sofort die Feuerwehren von Sachsenhausen und andere
Hilfskräfte eintreffen, ist es bisher nicht gelungen, das
Feuer zu löschen. Es gab bekannt, daß bei dem Wittenberg
Waldbrand vernichtet. Das Feuer greift weiter über auf hiesiges
Gebiet.

Wittenberg-Schweini.

Wittenberg. Verstoßter Einbruch in den Konsum.
Zwei Einbrecher, welche sich in vergangener Nacht in der zwölften
Stunde in der Adlerstraße an einem der roten Schauenfenster des
Konsums zu schaffen machten, mußten mit leeren Händen wieder
abziehen, da sie von einem jungen Manne mehrmals beobachtet
und verhaftet wurden.

Torgau-Siebenwerda.

Torgau, Kreisrat und Landrat. Vorigen Montag
lag eine Kreisratsitzung statt. Der Kreisdeputierte Feuer-
stein kam auf die Behebung des Landrats Dr. Grotte, nach
Vannover, zu sprechen. Er gab bekannt, daß der Innenminister
auf Grund der eingelaufenen Protokolle eine nachmalige Unter-
suchung der Angelegenheit in Torgau angeordnet hat. Von Seiten der
Demokratischen Partei erklärte Dr. Martin, daß die Demof.
Partei in der Angelegenheit dieser Behebung nichts unternommen
haben und nur einzelne Mitglieder für sich allein Schritte un-
ternommen hätten. Wenn gelang würde, daß bei dem Wittenberg
Verbreiter aller Parteien gewesen seien, so müßte er erklären, daß
die Demokratische Partei keinen Vertreter nach Berlin entsen-
det hat.

Graf v. Schroder: Im Torgauer Kreisrat wurde unter
Gen. Landrat Vogt (Siebenwerda) für die Behebung verantwort-
lich gemacht. Landrat Vogt hat mir geschrieben, daß er nichts un-
ternommen hat, für oder gegen die Behebung des Landrats. Auch
der Oberpräsident Böcking findet nicht für die Behebung selbst
gemacht werden. Das Vorgehen gegen den Landrat komme nun
Kreispräsidenten. Der Landrat Grotte hat in seinen Wahlreden
auf Reichspräsidenten mit den Wittenberg die Lage der republikani-
schen Einrichtungen in offenkundig propagandistischer Form so arg be-
schimpft, daß hier unbedingt eingegriffen werden mußte. Wenn
das Torgauer Kreisrat von einem Landverbreiter Grotte
schränkt, so war das kein Wunderwerk, sondern der Regierungs-
Wirtschaftsrat Dr. Deppa aus Dresden, welcher den Landrat Grotte
in den Bezirksversammlungen öfters wegen seiner Missregeln

zähle opierte Landrat Grotte weiter mit diesen schändlichen
Verbrechen unterbreitete, er möchte keine Ausführungen nicht zu
weit ausdehnen, da man hier nicht im Unterrichtsministerium sei.)
— Genoffe Schroder fortbändig: Es ist mehrmals behauptet
worden, daß Vertreter aller Parteien beim Minister für den Landrat
ist niemand bestreitet worden.

Abg. Grotte: Wir von der Kommunistischen Partei haben
kein Interesse für den Landrat einzutreten. Auch wir haben keinen
„Verbreiter“ nach Berlin entsen-det. (Nachdem diese drei Parteien
keinen Vertreter entsen-det haben, die Deutsche Volkspartei eine
Stellungnahme in dieser Angelegenheit nicht eingenommen hat,
beziehen wir die Deputationsstellen und der — „Anabhängige“
Deumer, Abg. Dr. Seb.)

Abg. Wecker: Ich finde die Stellungnahme des Kreisratschulles
zu verteidigen.
Genoffe Schroder erklärte dann, daß er 7 Wochen schwer
krank war und mit der Sache direkt nicht zu tun hatte.
Auf eine von den Kommunisten gestellte Anfrage an den Abg.
Wecker, im Auftrag welcher Partei er gesprochen habe, (Wecker ist
von den Kommunisten gewählt) erklärt er, daß er für den Kreis-
ratschulles und für seine Partei gesprochen habe. Abg. Dr. Grotte
er beantragte dem Kreisratschulles das Recht zu den Kreisrat
der Sozialdemokraten und Kommunisten anzunehmen, so
auszusprechen. Das Kreisratensoumate wurde gegen die Stim-
menkreis erledigt, dann die verorgete Lagerordnung. Darüber
werden wir noch berichten.

Bermittlertes.

Die Berweijungswirtschaft.

Die „Zukunft“ veröffentlichte kürzlich folgenden Brief aus
Sachsenhausen:
„Private Wohlfahrt hat im Jahre 1920 aus Großbritannien
20 Millionen Mark nach Deutschland geschickt, das Sammel-
werkert wird mit unermüdlichem Eifer auch in diesem Jahre
weiter gefördert. Bei ihnen trübt man nicht davon. Selbst die
unsequer Leistung amerikanischer und britischer Quader wird nur
seiner erwähnt. In das Reich von den Vermögensgünstigen des
Reinholdes“ — wir wissen nicht, was das ist. Wir kontrol-
lieren hier sehr genau, was in Deutschland geschieht. Das ist zu
arm, um ein Kriegetureau, sogar um das Franzfurter Geobies
zu erhalten. Väter aber, „Kriegenoberzeuge“ fahre, jenseit den
Totalitarer mit Millionenbeulen und verläßt in einem Jahre
17 Milliarden. Was ist es für seine Kinder, von denen, wie wir
sagen, viele Tausende, Schmecken kein Geld auf dem Land
haben und sich sehr gut verdienen, um Art zu geben, der prüfen
soll, ob sie der Erholung in Ferienkolonien bedürfen? Gesamt-
ergebnis der „Deutschen Kinderhilfe“, nach allen Trara und Lam-
tamt: 50 Millionen Papiermark. Uns scheint der Ertrag mager.
Könnte kommen mit seinen reichen Gütsbesitzern nicht mehr als
eine halbe. Weistalen nicht mehr als anderthalb Millionen auf-
bringen? Aus Hamburg kamen zwei, aus Berlin, der Schlemmer-
fette, nicht einmal 11 Millionen. Der Wirt, Schlemmer, Toilet-
ten, Tabak, Müusen- und andere Vergnügungen fließt der
Quell im breiteren Zeit. Gibt es denn höheren, billigeren Wert
als das Kind, die Zukunft der Nation? Bilden sich aber die
Leute, denen der Krieg, das Hindenburgprogramm, die „Revolu-
tion“ und Berweijungswirtschaft halbergebrachte häuße, etwa ein
durch Almosen die dem deutschen Kind schuldige Pflicht erfüllt
zu haben? Was kann eine Mutter, wenn sie ein Kind, das
Siberisch allein 10 Millionen mehr ist, was die Kaiserin, die
auf dem Parabeit als eine Heilige, von der Demokratischen Partei
selbst als Märtylerin der Nächstenliebe dargefleilt wurde, was die
Sogar der Könige, Groß- und Kleinherzöge, Fürsten, Grafen, In-
dulstrie- und Finanzmagnate? Uns mocht das Schwärzwort: Wohl-
fahrt müßte im eigenen Heim beginnen; dennoch haben wir, die wir
hunderttausend Millionen Arbeitslose, die auch nicht genau im eigenen
Land haben, gern für Deutschlands und Osteuropas darben-
de Jugend unter Scherlein gegeben; und diese Millionen wurden
nicht auf Hüllen und Schlederfellen erköstet. Kann sich Deutsch-
land denn gar nicht gewöhnen, auch draußen das Gute, auch zu
Sauze das Schlechte zu sehen?“

Die Bausteuer.

Ein gewisser Ernst Reiter, gen. Siegried aus Juditten
bei Rönigsberg, vertritt an eine Anzahl deutscher Stadt-
parlamente — und wahrscheinlich auch an andere Körper-
schaften — ein autobiographisches Mundschreiben von drei Folio-
seiten Maßhaltenschrift. Es ist unendlich und phantastisch
gehalten, sei aber, da es eines gewissen — allerdings in-
neftelligen — Humors nicht entbehrt, der Öffentlichkeit im
Voraus mitgeteilt.

Weiter wünscht, daß bei allen Volksgenossen im Alter
von 15 bis 70 Jahren erst der Wert und dann der Bau-
umfang gemessen werden soll. Bei jedem der Baumumfang
größer als der Bruttumfang ist, der soll eine Steuer be-
zahlen. Bei Männern beträgt sie im Alter bis zu 30 Jah-
ren 1000 Mark, bis zu 40 Jahren 500 Mark und bis
zu 70 Jahren 300 Mark für jedes Zentimeter Nebrum-
fang des Baues. Im Alter von 50 bis 60 Jahren werden
5 Zentimeter, im Alter von 60 bis 70 Jahren 10 Zenti-
meter Baum Feuerfest gelassen. Dazu treten für solche, die
eine ständige Bewohnerschaft führen, von 40. Lebensjahre an
5 Zentimeter und nach dem 50. Lebensjahre 10 Zentimeter
Feuerfestiger Schmechbaumumfang.
Bei Frauen darf bis zum 40. Lebensjahre der Baum-
umfang 10 Zentimeter, nach dem 40. Lebensjahre 20 Zenti-
meter größer sein als der Nebrumumfang. Frauen, die in
anderen Umständen sind oder bereits ein gelindes Kind ge-
boren haben, wodurch sie der Steuer nicht fähig geworden,
Steuerfrei sind auch alle über 70 Jahre alten Personen.
Wer beim Messen des Baues einsteigt, bekommt Straf-
weise 10 Zentimeter mehr angesetzt. Solche, welche die
Schmechbaumsteuer — sie wird in manchen Fällen über 10 000
Mark jährlich betragen! — nicht bezahlen können, müssen
sie abarbeiten!
Ich habe lange nicht so Wertvolles gelesen als diesen
Vorläufer und lange nicht so hochhalt laden müssen. Wle-
leicht arbeiten Herr Reiter aus Juditten auch eine Vorlage
über eine Doppelsteuer- oder Schmappensteuer aus!

Genossenschaftliches.

Hohe Umsatzzahlen.

Die höchste Umsatzzahl der deutschen Konsumgenossenschaften im
letzten Geschäftsjahre erreichte, wie mitgeteilt worden ist, die Ham-
burger „Produktion“, nämlich mehr als 208 Millionen Mark. Jetzt
wird über die Umsatzzahlen der Berliner Genossenschaft berichtet,
die zwar an die Hamburger nicht heranreicht, aber nichtsdesto-
weniger zu einem Höhe gelangt sind. Die Konsumgenossenschaft
Berlin und Umgegend betriebe im abgelaufenen Geschäftsjahre
1920/21 ihren Umsatz von 137 921 477,25 Mk. auf 232 071 454,81 Mk.
Der Wählerkreis betrug 4 372 612,66 Mk., gegen 2 819 063,57 Mk.
im Vorjahre, jedoch fast das verarbeitete Rohstoffquantum von
15 998 977 kg auf 12 866 175 kg. Die Rendite hatte einen
Rückgang zu verzeichnen, während die Raffinerietierei und die Gelfer-

fabrik sehr erfreuliche Fortschritte aufwies. Im letztgenannten
Bericht über den Umsatz von 448 417,41 Mk. auf 1 488 368,40 Mk., die
Zahl der expedierten Flaschen von 711 660 auf 2 503 041. Eine
große Anzahl neuer Warenabteilungen konnte eröffnet werden.
Am 1. August d. S. wurde der Konsumverein Selbendorfer über-
nommen.

Parteiin drichten.

Die Frauenkonferenz in Görtz.

Von Marie Jugacz, M. d. N.

Die diesmalige Frauenkonferenz in Görtz wird sich
mit der Frage, „Die Frau und die Kommunalpolitik“ be-
schäftigen. Der Eintritt der Frau in das öffentliche Leben
macht es zur gebieterischen Pflicht, daß die sozialdemo-
kratischen Frauen sich mit den Fragen beschäftigen, die aus-
gleich Probleme der Gesamtpartei sind. Nicht
etwas besonderes wollen wir, sondern wir wollen nach
Wege zur fruchtbareren Mitarbeit suchen. Durch die Schwie-
rigkeiten des Krieges haben die Gemeinden besonders ge-
litten. Sie sind aber gerade dadurch vielfach zu wirtschaft-
lichen Unternehmungen gekommen, die die Sozialdemokratie
sogar vor dem Kriege immer als Aufgabe der Gemeinden
bezogen hat. Die heutige wirtschaftliche Lage des Volkes
zwingt die Gemeinden weiter in diesen Unternehmungen
fortzuführen, andere zu gründen. Diese Entwicklung wird
dadurch gefördert, daß die Demokratie so manche Kraft ist,
die durch das Dreifachenmaßrecht gebunden war. Wir
Frauen haben an der Wirtschaftspolitik der Gemeinden
ein starkes Interesse. Wissen wir doch aus Erfahrung, daß
wie im Kleinen, so auch im großen Haushalt sich Einnahmen
und Ausgaben decken müssen, daß es mit einem Haushalt,
bei dem es anders ist, unweigerlich bezogen geht. Wir
müssen aber auch wissen, daß die Haushaltspolitik des ein-
zelnen abhängig ist vom Gemeinwesen und daß umgekehrt
der Kleinhauhalt in seiner Weise den Haushalt der Stadt
nicht beeinflusst läßt. Wir Frauen müssen es wissen lernen,
daß täglich ein Bruchteil der volkswirtschaftlichen Werte als
Kleinermünze durch unsere Hände geht und daß wir dadurch
mit tausend Händen aneinander gebunden sind, daß wir aber
auch Verantwortung für das Allgemeine mittragen in
unseren kleinen und größeren Handlungen, in unsemern
Denten und Tüßlen.
Durch volkswirtschaftliche Ungleichgewichte entstehen
soziale Nöte, denen man abhelfen kann durch soziale Maß-
nahmen großen Stils. Die Gefährdung muß eingreifen.
Die Selbstverwaltungskörper: Gemeinden, Stadt- und
Landkreise sind die ausführenden Organe der Gesetzgebung.
Man irrt sich, wenn man glaubt, daß es hier nur ein Ge-
setzgeber und eine hochstaatsmäßige bürokratische Aus-
führung gibt. Nein, hier beginnt erst das eigentliche große
mannigfaltige soziale Leben. In dieser Arbeit liegt der
ganze Reichtum, die Lebensbefriedigung aller sozial und
demokratisch gerichteten Menschen, die für die Allgemeinheit
arbeiten wollen. Hier liegt die ganze Fülle der Entwic-
lungsmöglichkeiten, die das demokratische System uns
bringen können, wenn wir es lebend zu fassen. Das
zu tun aber wollen wir in Görtz hinein, es soll dort eine
geistige Richtschnur gegeben werden, kein Schema, nach dem
wir weiterarbeiten, sondern ein Wegweiser, der die Rich-
tung angibt. Wir fächten uns nicht vor den Schwierig-
keiten des zum Teil noch nicht ganz bekannten Weges, wir
freuen uns der Arbeit und ihrer Schönheiten unferer und
unserer Kinder willen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Ergebnis der Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Die Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter
Deutschlands, an der alle am Bergbau beteiligten, dem U. D.
G. B. angeschlossenen freien Gewerkschaften teilgenommen
haben, stimmte nach teilweise erregter Auseinanderlegen
einer Entschließung zu, nach der unter der Voraussetzung
einer baldigen Regelung der noch strittigen Fragen in den
Revieren, die Ergebnisse der zentralgeführten Verhandlungen
angenommen wurden.

Für Annahme stimmten 154, dagegen 71 Teilnehmer. Von
der Grundbesitzern stimmten für Annahme 68, dagegen 58.
Das Abstimmungsresultat zeigt, daß die Bergarbeiter
nicht allgemein befehligte und keine Auslegung im Verhältnis
zu den bauern liegenden Preisen der Lebenshaltung
darstellt. Die Zustimmung erfolgte aber auch nur aus der
Erkundung und unter dem Vorbehalt, daß für den Fall der
weiteren Steigerung aller Preise neue Lohnforderungen
gestellt werden müssen.

Die Konferenz wurde im Beisein des Reichsgewerkschafts-
aministries Robert Schmidt geführt, dessen Ausführungen leb-
haften Beifall fanden.

Der Berliner Magistrat hat in einer außerordentlichen
Sitzung den Schlichterspruch vom 7. September über die Er-
höhung der Löhne und Gehälter der jährlichen Arbeiter und
nicht ständig Angestellten vorbeschließ der Zustimmung der
Staboberordnetenversammlung angenommen.

Ein Bayerischer Abgeordneter verhaftet.

München, 12. Sept. (Privattelegr.) Bei der Einfahrt in
München hielt eine Schaar junger Bürger ein Auto an, das
5000 Exemplare des Wiesbacher Tageslatas nach München
brachte, und warf die ganzen Zeitungen in einen Hauf. — Der
unabhängige Landtagsabgeordnete Fischer, der vor einigen
Tagen öffentlich die bevorstehende Ausrufung der nord-
bayerischen Republik beantwortete, ist wegen hochverräterischer
Betätigung in München verhaftet worden.

Allen denen, welche an
Lohnscheidung
Urnennungen
Urnen
haben, kann Oberwegers
auf diese Urnen
werden. 2. Urnen
ist. Urnen
zu den in c. Urnen

Die Entwaffnung Mitteleuropas.

Der Entwaffnungskommissionar Peters als Zeuge.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages Landtags letzte am Sonnabend die Vernehmungen über den Märzaufruf in Mitteleuropa fort. Zunächst wird Reichs-entwaffnungskommissionar Dr. Peters über Bewaffnung, Entwaffnung und Kette Arme gehört. Der Zeuge betreibt, die Entwaffnung sei in der Provinz Sachsen genau so durchgeführt worden wie im übrigen Reich. Die Erfahrung habe dort große Erfolge gezeitigt. Es seien freiwillig abgetestete worden: 22 Gewehre, 564 Maschinengewehre, 58 632 Gewehre, das ist mehr, als erwartet worden sei. Es ist falsch, daß nur die wehrfähigste Bevölkerung entwaffnet worden sei. Die Entwaffnung ist gleichmäßig durchgeführt worden. In Sachen liegen allerdings die Verhältnisse besonders wegen der Waffenindustrie schwierig, und eine radikale Entwaffnung ist auch in Zukunft nur möglich, wenn die Waffenherstellung und der Waffenvertrieb unter strengste Kontrolle gestellt wird. Die auf die freiwillige Abgabe folgenden Durchführungen hatten in der Provinz Sachsen ein gleichmäßig geringes Resultat gehabt. Im Mai d. J. hat dann der Zeuge 40 gewählte Kriminalpolizisten in das Aufzugsgebiet geschickt, von denen nicht einmal die Behörden etwas wußten. — Weiter hat der Zeuge die Vernehmungen über die Bewaffnung des Kommunismus, das Er scheitern der Waffen im Papier in die Tat umsetzt. Die Pläne aber, in Sachsen nicht so weit gehen wie in Rheinland-Westfalen, wo eingehende Mobilisationspläne gefunden wurden. Solche Pläne sind noch keine Arme. Nach meinen sorgfältigen Informationen, die mir die Kriminalpolizei zur Verfügung gestellt hat, sind drei Formationen vorbereitet gewesen: Merzbürg 6300 Mann, 900 Gewehre, 10 Maschinengewehre, Halberstadt und Land 4050 Mann, 300 Gewehre, 6 Maschinengewehre, Mansfelder See- und Gochteritzer 3200 Mann, 270 Gewehre, 5 Maschinengewehre. Mit Spitzeln habe ich nicht gearbeitet, die Angaben stammen aus guter Quelle. Natürlich kann Kommissar Peters am Bericht eine gewisse Rolle spielen. Vom Entschluß, sich zur Verfügung zu stellen, bis zur aktiven Teilnahme am Kampf, ist auch noch ein weiter Weg. (Heiterkeit und Zustimmung.) Für die Zahlen spricht aber, daß nachher etwas mehr Waffen gefunden wurden, als hier angegeben. Der Zeuge unterläßt dann die Frage, ob die Behörden gewußt haben oder wissen mußten, daß etwas Derartiges bevorstand. Er glaubt, daß die Staatsgewalt viel zu vielköpfig ist. Die vielen Sonderbehörden seien ein Krebsabszess der ganzen Sache. Er führt aus: Bei diesen Verhältnissen besteht die große Gefahr, daß die Polizei verlorrt, weil sie sich fast, nur haben ja den Staatskommissar und den Reichsminister für öffentliche Ordnung, die haben das große Portemonnaie, Nachforschern und alles. Warum sollen die nicht auf? Dadurch könnte das Verantwortungsgeschäft. Wenn solche Sonderbehörden nur für die öffentliche Ordnung sorgen soll, dann sieht sie über alle Gassen. Sie muß ja Nachrichten herstellen, dazu ist sie da. Nun können die zahlreichen unwarnten Nachrichten, und man klopft gegen alle Nachrichten ab. Wer die Staatsautorität auf den Kopf stellen will, hat nun freies Feld. So wird es auch bei den Behörden in der Provinz Sachsen gewesen sein. Wer, wie mein guter Freund, Herr Höring, sehr optimistisch ist, der nimmt alles leicht. Man darf auch nicht vergessen, daß sich die Behörden der Provinz Sachsen nicht so schnell auf die wahrhaft amerikanische riesenhafte Entwicklung der Industrie einstellen konnten. Von einem Verstoß in der einen Zeilen Person ist nach meinen Erfahrungen gar keine Rede.

Vorländer: Herr Regierungspräsident v. Gersdorff nimmt an, daß sich in seinem Bezirk Merzbürg etwa 20-30000 Gewehre in den Händen der Auffständlichen befanden. Diese Waffenmengen sind dann nach dem Aufstand wieder verschwinden und sollen auch jetzt noch irgendwo verborgen sein. Zeuge: Es ist sehr schwer, die Frage zu beantworten, welche Mengen von Waffen während des Aufstands in den Händen der Auffständlichen gewesen sind. Entsprechend der Bevölkerungsstärke würde nach den Zahlen des Herrn v. Gersdorff jeder sechs Arbeiter im Regierungsbezirk Merzbürg eine Waffe besitzen; das glaube ich kaum. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß Merzbürg ein sehr erheblichen Zugang aus Thüringen und Magdeburg erhalten hat.

Auf weiteres Befragen des Abg. Dr. Liebknecht erklärt der Zeuge, er persönlich schätze die Zahl der illegalen Waffen nur auf 12 000 in ganz Deutschland. Die vom Regierungspräsidenten v. Gersdorff angegebene Zahl von 20 000 in seinem Bezirk erweise ihm daher viel zu hoch.

Abg. Dr. v. Drander erhält vom Zeugen die Auskunft, auch ausgeleihte Belohnungen bis zu 10 000 M. hätten bei der Säuberungsaktion kein großes Resultat gehabt, so daß sich keine niedrige Schätzung auch dadurch ergibt. Im Saal, Jella-Nichols usw. dürften sich keine W. re mehr hergestellt werden, es konnten höchstens noch Bestände von früher verborgen sein.

Abg. v. Cyprien: Glaubt der Zeuge, daß im Unwahrheit noch Waffen der Befehlung verborgen geblieben sind? Zeuge: Das glaube ich nicht, die Eroberung ging zu schnell vor sich, und das Werk ist ganz modern und bietet wenig Verstecke. Ein großer Teil der Bevölkerung war auch anderer Meinung als die Kämpfer.

Vom Vorlesenden befragt, wofür der Zeuge, zur Zulieferung für Straffreiheit für Waffenablieferung nach dem festgesetzten Termin sei nur ein Teil in Bereitschaft gewesen. Er äußert sich hierzu nicht. Er läßt sich aber nicht leugnen, daß die Anfertigung herausgekommen. Er läßt sich aber nicht leugnen, daß die Anfertigung herausgekommen. Er läßt sich aber nicht leugnen, daß die Anfertigung herausgekommen.

Der Vorsitzende äußert, daß durch die Presse veröffentlichten Mitteilungen des Abg. Dr. v. Drander nicht der Wahrheit entsprächen. Gegen die Lobung erhebt sich kein Widerspruch.

Es folgt die Vernehmung des Oberregierungsrats Freytag, der beim Oberpräsidenten Magdeburg das politische

Referat inne hatte und Leiter der Weltschelte war. — Der Zeuge gibt an, im Regierungsbezirk Merzbürg habe die offizielle Zahl der Ausländer am 1. März 1921 6057 betragen, hinzu käme jedoch großer Zugang aus den Gefangenenlagern und von den Flüchtlingen aus der Ukraine und Polen. Erhebend habe der Landtag gewirkt, daß Landwirte ohne Erlaubnis der Landesermittlungsbehörde Leute einstellt hätten. Andere Ausländer wählten ihre Leute, namentlich in den Verklammungen Aufrechter, ihre Namen und konnten deshalb nicht gefast werden.

Vorländer: Ratten: Waren dies 6-7000 Ausländer überwiegend Polsewischen? Zeuge: Nein, es waren viele Flüchtlinge aus Polen und Rußland darunter; sie waren meist politisch harmlos. Daß die Verklammungsbüro auftragsgemäß handelten, kann nicht nachgewiesen werden.

Abg. v. Cyprien: Gaben diese Agitatoren Substitutionsmittel? — Zeuge: Nur in Halle ist eine Verwendung von 1 Million aus Rußland festgesetzt worden. Darnach gingen 150 000 Mark nach Erfurt, 50 000 Mark wurden zu einem Haus- und Wohnungsankauf verwendet. Der Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung eingeleitet.

Abg. Dr. v. Drander: Während Minister a. D. Seevering die Angaben über die Ausländer für übertrieben hält, wollte Herr Höring ihr höhere Bedeutung beimessen. Er spricht von 25 000 ausländischen Arbeitern und von 2-3000 agitatorisch Tätigen.

Zeuge: 2-3000 ist wohl zu hoch gegriffen. Diese hätten sich nicht so verhalten können. Die Angaben des Regierungspräsidenten v. Gersdorff, daß viele Arbeiter nach dem Aufstand wieder verkehrt worden seien, ließe sich nicht beweisen. Nach dem Aufstand seien keine größeren Reisen mehr gemacht worden.

Die Vernehmung des Zeugen wird darauf abgebrochen. Er soll später noch einmal geladen werden.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. Dazu sind eine größere Anzahl Werksdirektoren und Betriebsräte als Zeugen geladen. Schluß gegen 2 Uhr.

Wirtschaftlicher Schug der Republik.

Der kommende Parteitag steht unter dem Zeichen der politischen Gefahren, die von der Reaktion immer noch der Republik drohen. Wie früher hat man sich unter dem Eindruck des Attentats gegen Erzberger und der Münchener Treibereien darauf beschränkt, den politischen Schug der Republik zu fordern und bis zu einem gewissen Grade auch zu erreichen. Die deutsche Republik ist aber nicht allein von politischen Unruhen bedroht. Schwerer und mit jedem Tage droher wird die Gefahr, die an dem deutschen Volksstaat wie ein schleichendes Gift frisst, die finanzielle Not des Reiches und die zunehmende wirtschaftliche Verelendung der breiten Massen als Folge einer gänzlich unzulänglichen, von den Reichsparteien hartnäckig verteidigten Staatspolitik.

Die Gefahr ist nun in der letzten Zeit im Inland wie im Ausland katastrophal fortgeschritten. Ungeheure Reichtümer entsinken in den Händen derer, die im Besitz von Schwämmen, an der Verelendung der deutschen Arbeit nur verdienen können. Der Haustaumel an der Börse, die sinkenden Devisenkurse, die die Wiederherstellung des Rußlands ins Ungemessene anwachsen lassen, sind die Vorboten einer Krise, wie sie Deutschland bereits durchgemacht hat und wie sie der bekannte englische Wirtschaftspolitiker J. M. Keynes für Deutschland für das nächste Frühjahr angekündigt hat. Aus Patriotismus kann man keine Goldmarke prägen. Das ist die zentrale Antwort, die der Vertreter einer fahrenden Minorität in der letzten Reichstagssitzung gegeben hat. Hier haben die Würde des Reichstags und die deutschen Volksgenossen gefunden. Sie kennzeichnen die Gleichgültigkeit, mit der jetzt führende Geister des demokratisch orientierten Bankkapitals die Not des deutschen Volkes ansehen. Der Widerstand der Agrarier gegen Steuern für die Republik ist bekannt. So bleibt allein die Arbeiterklasse zur Verteidigung des Reiches gegen jene wirtschaftliche und finanzielle Verelendung.

Ungehebt sind bisher alle Aufre verhält, die von der Entente eine grundlegende Änderung des Friedensvertrages gefordert haben. Es bleibt kein anderer Weg mehr, als durch die Erfüllung des Willens, die Unerschlichkeit des gesamten Vertrages zu bewahren. Hier haben die Würde des Reichstags und die deutschen Volksgenossen gefunden. Sie kennzeichnen die Gleichgültigkeit, mit der jetzt führende Geister des demokratisch orientierten Bankkapitals die Not des deutschen Volkes ansehen. Der Widerstand der Agrarier gegen Steuern für die Republik ist bekannt. So bleibt allein die Arbeiterklasse zur Verteidigung des Reiches gegen jene wirtschaftliche und finanzielle Verelendung.

In dem ersten Entwurf eines neuen Parteiprogramms stand ein Satz, der in der bedeutend veränderten zweiten Entwurf wieder fehlt. Der Satz betonte, daß für die Durchführung sozialer Reformen infolge der Finanznot des Reiches nur ein geringer Raum bleibe. Aber schon die Tatsache, daß die führenden Parteimitglieder, die in der Programmkommission mitwirkten, dieses von Gesichtspunkt der praktischen Politik überhaupt nicht in bezug auf die Beschlüsse an die Spitze eines auf lange Zeit berechneten Parteiprogramms setzten, beweist doch sehr, wie sehr es gerade der Sozialdemokratie daran gelegen ist, das Leben der deutschen Nation über die Parteipolitik hinaus zu sehen. Keine andere Partei kann sich einer ähnlichen Aufgabe zu rühmen, die die deutsche Nation im Hinblick auf die höchsten Grundgesetze der Einigkeit und der Einheit der Nation zu zeigen und zu erklären müßten. Dieser im Interesse an der Erhaltung des Friedens und an der Sicherung und Stärkung des demokratischen Staates. Darum ist es doppelt unser Recht, uns gegen den Vorwurf zu wehren, als löste die heuchlerische Erfüllung der Goldworte parteipolitischen Zielen dienen.

Der Gedanke, die Goldworte zu erfassen, bezuht auf der Tatsache, daß die in Papiermark ausgebrühten, nachträglich geahnte Steuer dem Reich nie mehr das geben kann, was es braucht. Die Kapitalisten, die heute noch dem Reich Teile des Reichsnotopferes schulden, haben im Regelmäßig ihre Verbindlichkeiten bereits vervielfacht. An Verzugszinsen zahlen sie 5 Prozent, während die Banken für Kapitalkapital 10, 12 und noch mehr Prozent fordern. Diese wuchernden Zinsen beweisen durchsich, wie falsch die schärfste Vermögensbekehrung dem Reich, das für die Evidenzen und Kohlen seiner Eisenbahnen für Beamtengehälter usw. ständig steigende Beträge auswerfen muß, mit dieser Art der Steuererhebung nur einen Teil der Kaufkraft bringt, deren es zur Deckung

seiner Ausgaben bedarf. Die 30 Milliarden, die das Reichsnotopfer nach dem Stande von 1919 bringen sollte, bedeuten heute kaum mehr als 10 Milliarden finanzielle Leistungsfähigkeit. Dazu kommt aber, daß das Reich mit der Aufnahme des Friedensvertrages und des Ultimatus eine Goldschuld eingegangen ist, die natürlich auch mit Gold verzinst werden muß. Schon deshalb darf sich das Reich nicht darauf beschränken, im Jahre 1923 Steuern einzuziehen, die imhundert durch die allgemeine, zum Teil auch durch indirekte Steuern bedingte Steigerung der Preise entwertet ist. In Zeiten der Geldverwertung ist der Papiergeldschulden immer im Vorteil. Weil die Preise steigen, die Kaufkraft des Geldes sinkt und die einmal erworbenen Schätze ihren Wert ganz oder annähernd behalten, d. h. in Papiermark höher bezahlt werden. Bei der Lohnsteuer, die sofort abgezogen wird, ebenso wie bei der Kapitalertragsteuer, die ebenfalls vom Zins erhoben wird, ehe der Rentenbesitzer in den Besitz der Kaufkraft gelangt, hat das Reich die richtigen Schlussfolgerungen aus dieser Tatsache gezogen. Es wird hohe Zeit, daß es auch in den Besitztümern der neuen Welt eintritt. Er führt über die unmittelbare Beteiligung des Reiches an der Industrie und an dem Grundbesitz, die die einzige Vermögenssteuer an der Quelle ist. Dann aber galt es zur Zeit der Ultimatumannahme allgemein als fälschlich, daß ohne Eingriff in die Substanz des deutschen Volkseinkommens die Schuld nicht bezahlt werden könnte. Heute im Hinblick der verheerenden Wirkungen, die die ersten Reparationszahlungen zeitigten, gilt es die unerwünschten Folgerungen daraus zu ziehen und die nötigen Maßnahmen dem Reich zu liefern.

Der Parteitag ist dazu berufen, an der Lösung dieser Frage mitzuwirken. Der neue Programmtext bedeutet die Forderung nach Erzielung der Goldworte bereits an. Es wird aber notwendig sein, daß die Haltung der Gesamtpartei an diesem Tage eindeutig zum Ausdruck kommt. Es ist ein historischer Augenblick. Gilt es doch die Abwehr aller derartigen Kräfte, die, sei es aus Gleichgültigkeit, sei es aus passivem Widerstand die wirtschaftliche und finanzielle Erziehung der Republik untergraben, damit den Frieden auf das schwerste gefährden und so der Reaktion Handlangerdienste leisten.

Politischer Schug der Republik.

Die Genossen Weiss und Müller-Franken haben im Reichstag folgende Anfragen eingebracht: In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen öffentliche Beamte der Republik den vorgeordneten Treueeid auf die Verfassung verweigern. Gegen sie ergollene Maßnahmen sind zum großen Teile wirkungslos geblieben. So ist kürzlich ein Beamter, der wegen einer solchen Treueverweigerung vor der Disziplinarkammer in Hamburg zur Aburteilung stand, freigesprochen worden. Ferner hat nach einer Pressemitteilung aus Karlsruhe ein hohesrangiges Beamter, dessen Eid die Dienstförmlichkeit ein Treueeid widersprechend bedeutet ohne gesetzliche Grundlage und deshalb ungültig sei.

Frage: Sind der Reichsregierung die Vorgänge bekannt, und was gedenkt sie zu tun, ihrer Autorität und der Reichsverfassung Geltung zu verschaffen. b) Was gedenkt die Reichsregierung gegen jene Beamten zu veranlassen, welche den Eid auf die Verfassung verweigert haben? Eine weitere Anfrage lautet: Ist die Reichsregierung bereit:

1. auszuweisen, daß die Hofbesitzungen des früheren Regimes innerhalb einer kurz zu bestimmenden Frist aus dem Reichsgelände, Amtsgebäuden, Amtsräumen und von den Gebäuden der Reichsbehörden endlos reiflos entfernt werden?

2. zu entscheiden, daß sämtliche Bilden und Büsten von Mitgliedern ehemals regierender Häuser aus allen Räumlichkeiten des Reichsverbandes sofort zu entfernen sind, wobei künstlerisch wertvolle Stücke einem Museum überlassen werden könnten?

3. Die Anbringung und Aufstellung von im Privatbesitz befindlichen unter 2 genannten Büsten und Bildern in den Amtsräumen der Reichsbehörden zu verbieten?

4. Die Nichtanbringung dieser Beweise unter empfindliche Strafe zu stellen? 5. Auf die Bundesregierungen einzunehmen, um diese zu dem gleichen Vorgehen zu veranlassen? Wie hoffen, daß die Reichsregierung diese Anfragen sehr bald in bezugnehmendem Sinne beantworten und dementsprechend auch handeln wird.

Die englische Abwicklung.

NZ. In den von Morel herausgegebenen „Zeitungen“ befindet sich unter der Überschrift „Viel, viele, keine“ folgende niedliche Charakteristik der parlamentarischen Strömung im englischen Staatskabinet:

„Im laufenden Finanzjahr haben wir 62 518 000 Pfund Sterling für militärischen Unterricht ausgegeben, für Armees, Marine und Luftstreitkräfte aber 207 794 000 Pfund Sterling; also mehr als das Doppelte für den Dienst für Land. Wir haben die für die Verbesserung des verschiedenen Einrichtungen in ganz Schottland angeordneten 20 000 Pfund Sterling eingebracht, aber wir können 2 960 000 Pfund Sterling an der militärischen Besetzung Mesopotamiens sparen... Als Friedensgabe für die Washington-Konferenz bringen wir vier neue Kriegsschiffe, deren Kosten 8-10 Millionen Pfund betragen... In den zehn Jahren vor dem großen Krieg haben wir 684 000 000 Pfund für Küstungen ausgegeben, die den Frieden gefährdeten. Das Resultat war der Krieg und eine Nationalbank, die heute 8 Millionen Pfund beträgt...“

Wir haben den Krieg gewonnen. Der Krieg hat uns eine Million Soldaten zugeführt, wir haben unser Reich Resultat davon 2 Millionen Arbeitslose mehr bekommen. Heute geben wir viermal mehr für Küstungen aus als im Jahre 1913.“

„In vielen frühen Worten wird von einem Engländer der englische Militarismus gekennzeichnet. Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Wir erinnern uns allerdings immer wieder des hundertfachen Wertes von Weltbrühen und Westfront. Die englischen Militärausgaben von jährlich 207 794 000 Pfund Sterling entsprechen heute der Summe von 72 Millionen in Papiermark.“

Männer — schützt Euch

durch Viro vor geschlechtlicher Ansteckung. Schachtel für 6mal Gebrauch 1000 Mk. Verkauf- und Versandstelle: C. Klappenbach, Gummiwaren, Halle 5, Gr. Ulrichstr. 41. Fernr. 5648.

Salztafelraub — Vorkaufhefte.

In den Kreisen der bankmäßig abgestimmten Spekulation und der zirkulierenden Spekulationsmärkte herrscht am Dienstag in Berlin große Unruhe. Man sprach bereits von einem Zusammenbruch des ganzen Vorkaufapparates. Was war geschehen? Der Markt war in den letzten Tagen immer weiter zurückgegangen. Der amerikanische Dollar notierte auf diesem Tage rund 93 Mark. Seit Anfang März, als der Dollar auf etwa 60 stand, hat sich also die deutsche Mark um mehr als die Hälfte vermindert. Und das bildet die Grundlage für die jetzt an der Börse herrschende Panik. Die „Kaufkraft der Mark“ hat rapide abgenommen, alles heißt Vorkaufhefte. Das heißt, was man zu Werke zu bringen pflegt. Die Karte der Anbahnung ist eben in Eile fertig in die Hände der Banken und die Käufer, die bereit sind, die unbedingten Mittel der Vorkaufhefte sind kaum noch im Umfange, die ihnen übergebenen Aufträge auszuführen. Es herrscht an der Berliner Börse ein so starker Andrang, daß die Kursnotierung um 1 1/2 Stunden verlohren und die offizielle Börsenzeit bis 5 Uhr verlängert werden mußte. Auch die Räume der Börse reichten für den Verkehr nicht mehr aus; der Markt der unbedingten Werte mußte auf den Hof verlegt werden, der Hof von Geschäftstheorien nicht befreit war. Inzwischen fällt die Mark immer weiter. Der Dollar, der vor dem Krieg gegen 4 1/2 Mark notierte, wurde also am Donnerstag bis auf 17 1/2 Mark im Preis. Abends noch Börsennotiz war er auf 101 emporgelockert. Die deutsche Reichsmark, die am Reichstagswahl noch von Person mit Goldmark besetzt wurde, ist also im Aus-

land nicht einmal einen Scherer mehr wert. Die Banker von Papiergeld fächeln ihre Kapitalien weiter in Sachwerte. Die Aufträge auf Wertpapierkäufe haben sich bei den Banken bereits gebaut, daß man sich zu einer vierteljährigen Verzinsung genötigt sah. Die Börse findet für Käufer erst Montag wieder halt. Daß in den Kreisen hier, die sich jetzt mühsam an der Not des Volkes herdrücken wollen eine Entlastung eintritt, ist leider nicht anzunehmen. Spätestens ist die feste Grundlage des Geschäftsbetriebes, ganz davon absehen, daß man aus Nationalismus keine Goldmark prägen soll. Das erklärte ein Geschäftsmann der Disconto-Gesellschaft amittlich einem „Krautler“ Offenheit ist immer erweislich. Wir wissen jetzt wohlens aus seiner Quelle, daß die Goldmarkgewinne der Großbanken im Krieg nicht aus Nationalismus entstanden sind, wie sie bisher immer behaupteten. Vieles ist darüber man sich auch damals daran wenn man die „Sachverständigen“ der Banken als „Kocher“ in dem Salztafelraub anruft.

auszuheben. — Nachdem die realistischen Blätter wieder erscheinen dürfen, war diese Freiheit eine Selbstverständlichkeit. England will die Aufhebung der militärischen Sanktionen beantragen. Die Times lenkt die Aufmerksamkeit auf den Nordpazifik Kurios an der letzten Konferenz des Obersten Rates, die militärischen Sanktionen aufzuheben, und zwar auf seine Erklärung, daß er auf der nächsten Konferenz des Rates die Aufhebung der Sanktionen amtl. beantragen werde, wenn Beland es nicht selbst tut. Daily Times lehrt Doumer morgen wieder nach Paris zurück.

Seine Präsidialkandidatur Gerhart Hauptmann. In der Presse sind Nachrichten über eine Reichspräsidentenkandidatur Gerhart Hauptmanns aufgetaucht. Dazu nimmt der Diktator II. einem Telegramm aus Agnetendorf, welches in der geliebten Berliner Morgenpresse veröffentlicht wurde, Stellung und teilt mit, daß er entschieden einer solchen Kandidatur ablehnend gegenüber stehe und gänzlich die Absicht habe, niemals seine Hände dazu zu bieten. — Hauptmann hat darüber nur bewiesen, daß er einen weiteren Blick besitzt als diejenigen seiner Freunde die ihn zu einer weiteren Kandidatur geneigt machen wollten.

49 gefesselt Gefangene, die im Lager von Curragh interniert waren, sind gestern abend ausgebrochen und konnten noch nicht wieder ergriffen werden.

Verantwortlich für den realistischen Teil Paul Tümel, für den Anzeigenteil Wilhelm Herzia, beide in Halle.

Notizen.

Die kommunalistischen Zeitungen frei. Zwischen dem Reichsminister des Innern und Vertretern der kommunalistischen Partei hat heute eine Besprechung stattgefunden. Auf Grund der von der kommunalistischen Reichstagsfraktion abgegebenen Erklärung hat der Reichsminister des Innern das Verbot über die Blätter in Frankfurt/Main, Kassel, Halle und Breslau

Paulchen kommt!

Walhalla
Lichtspiel-Theater
Täglich:
der Original Bühnen-Sketch
5 Minuten vor Voll!
Persönlich Mitwirkende:
vier Berliner Filmschauspieler
Elegante Ausstattung. — Größte Heiterkeit
Ferner:
Entlarvt!
6. Teil des „Goliath Armstrong“
sowie:
„Ein Weib der Wüste“
Ein orientalisches Liebesdrama in 5 Akten
mit **Lucie Doraine**
Anfang Wochentags 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

Stadt-Theater
Dienstag, den 13. Sept.
Anf. 7 1/2, Ed. 9 1/2 Uhr
Halle'sches Himmelstheater
Traumfichtung
v. Gerhart Hauptmann
Mittwoch
Der Barbier v. Sevilla.

Gewerkschaftskartell
Merseburg.
Dienstag, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr
in der „Funkenburg“
Kartellsitzung
Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Verbandsbücher sind mitzubringen.
Der Vorstand.

„Ich litt seit 3 Jahren an
schwerem Bluthochdruck
durch
Dr. med. J. J. J.
Durch ein halbes
Jahr
Patent-Medizin-Tabletten
von Dr. med. J. J. J.
Ludwig-Crematorium
in Halle (Saale).
Dr. med. J. J. J.
Bismarckstraße 10.

Wann kommt Paulchen?

MITTELDEUTSCHE
Kochkunst-, Hotel- und Gastwirtsch.-Ausstellung
verbunden mit Artellen verwandter Gewerbe,
veranstaltet vom Verein der Gastwirte von Halle a. d. S. und Umgegend
vom 10. bis einschl. 18. September d. J. in Halle a. d. S.
in allen Räumen der „Saalochschlossbrauerei“ und des „Zoolonischen Garten“ nebst Neubauten.
Täglich Konzert. Kochkünstler, lehrreich für Jedermann.
Geöffnet von 9 1/2 bis 8 1/2 Uhr abends; Kassenschluss 7 1/2 Uhr.
Konzert täglich in beiden Lokalen. Eintritt Mk. 3.50 (Steuer abgeloßt).

RATERUSLANDS NOT
Prel gebunden 12.— Mark.
Buchhandlung Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Zu verkaufen
2 neue
Herrenmäntel
siehe Bild zu verkaufen.
In einem
Vollmannstr. 121 links.

Sonder-Angebot
1 Posten
**Einsatz-, Normal-,
Barchent-Hemden**
zu alten Preisen.
**Wäsche- und Woll-
waren-Vacor**
Große Ulrichstraße 25,
Ecke Magersgasse.

Vermischtes
Neuheit!
**Tittel-
Bestecke**
aus einer ausserst
harten, silberweissen
Metalllegierung, sind
infolge ihrer grossen
Haltbarkeit u. ausser-
ordentl. Billigkeit die
Essbestecke
der Zukunft.
Postversand u. Preisliste.
Juwelier Tittel,
Besteckhaus,
Vertreten in der Koch-
kunstausstellung im
kleinen Saale der
„Saalochschlossbrauerei“.

Sonder-Angebot
1 Posten
Barnen-Wäsche
zu alten Preisen.
**Wäsche- und Woll-
waren-Vacor**
Große Ulrichstraße 25,
Ecke Magersgasse.

Stellen finden.
Maurer
stellt ein
**J. C. Möbus, Baugeschäft,
Amendorf.**
Tüchtige
**Kessel- sowie
Blechschmiede**
für dauernde Arbeit und Löhnen nach neuem Tarif gesucht.
Gustav Kamprath
Balken- und Apparatebau.

Arbeitsamt Eisleben.
Serrhenstr. 10, Zimmer 12. Fernsprecher 191-192.
Abteilung für Land-
wirtschaft.
a) Arbeitsjuchende:
3 Müller, verh.,
1 Schmiedmeister, verh.,
2 Gärtner, verh.,
1 Wärrner, leb.,
1 Bauarbeiter, leb.,
1 Spinnmeister,
1 Anwalde, verh.,
11 Rueder, verh.,
1 Rueder, verh.,
1 Obermeister, verh.,
2 Schneider, verh.,
1 Schneider, verh.,
6 Zugschüler, verh.

**Schlaf-
Zimmer,
Küchen
und einzelne
Möbel**
in allen Preislagen
Neuert
G. Schaible,
Gr. Märkerstr. 26.
Neben Restkeller.

Bei Einkaufen
bitten wir unsere Partei-
genossen und Leser sich um
die Inserate in der
Volksstimme zu bedienen.

Lederauschnitt
billige Preise,
**Schuh-Creme,
Schäfte**
belle Qualität
Gummil-Absätze.
F. Noah, Leipzigerstr. 16.
Ecke G. Sandberg.
(Ecke Barn gegenüber).

Wer ist Paulchen?

Licht-Spiele
Nur noch bis Donnerstag
Uraufführung
des Abenteuer-Filmes
Der Sträfling von Cayenne.
in 6 Akten
In der Hauptrolle
Friedrich Zeinik
sowie
das glänze des Beiprogramm.
Beginn: 4.00 8.15
8.30.
Fernsprecher 4681 Grosse
Ulrichstr. 51.

Ab Freitag, den 16. September:
Erstaufführung
Paul Heldmann
als
Meisterdieb in
Baron Bunnys Erlebnisse
Eine Spitzbubengeschichte
in 6 Akten
In den Hauptrollen
P. Heldmann
Carola Toelle.
Beachten Sie die
kommenden
Insätze.
Im Herzen der Stadt

Bereins-Anzeiger
zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei.
Beethovenstr. 26, Halle, am 12./14. Fernruf 6900.
Ferner für die dem Wärm. deutsch. Gewerkschafts-
bunde angehörenden Gewerkschaften sowie der
auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden
sozialist. Vereine.

Relbra. Dienstag, den 13. September abends
8 Uhr, in der „Schnecke“ **viertes Mit-
glieder-Versammlung.** Vortrag des Genossen
Willers-Gebelen. Angelegen der wichtigen Tages-
ordnung ist vollständiges Gedächtnis der Mitglieder
erforderlich. Verehrte durch Mitglieder ein-
geführt, sowie unsere Jugendlichen, sind herzlich
willkommen. **Der Vorstand.**

Naundorf (Saalkreis), SPD, Dienstag, den
13. September, abends 8 1/2 Uhr,
beim Gastwirt Franz **Mitglieder-Versammlung**
des Sozialdem. Vereins. Alle Verehrte u. Volks-
stimmeleser sind hierzu eingeladen. **Der Vorstand.**

Merseburg. Dienstag, den 15. September, abends 8 Uhr,
im „Kraut“, **Polenstreife Mitglieder-Versam-
lung.** Tagesordnung: 1. Bericht vom Vorstand
und Fremtent. 2. Mitteilung vom Comitee.
3. Parteilangelegenheiten. Recht jährlicher Bericht
ermattet. **Der Vorstand.**

Wo ist Paulchen?